

Die Nothwendigkeit  
einer  
neuen Parteibildung.

Von

Julian Schmidt.

---

Berlin.

Verlag von Julius Springer.

1866.

 Aufgeschnittene und gelesene Exemplare werden nicht zurückgenommen.

Die

**Nothwendigkeit einer neuen Parteibildung.**

---

Die Nothwendigkeit  
einer  
neuen Parteibildung.

Von

Julian Schmidt.

---

**Berlin.**

Verlag von Julius Springer.

1866.

ISBN-13: 978-3-642-94096-5 e-ISBN-13: 978-3-642-94496-3  
DOI: 10.1007/978-3-642-94496-3

„Offenbar ist es ein Traum! Wenn wir nur nicht zu früh erwachen!“ — Das ungefähr war die Stimmung, mit welcher das preussische Publicum den Anfang der letzten vier Wochen durchlebte. — Allmählig aber wurden die Traumgestalten körperlich, so körperlich, daß man sie greifen konnte; so leuchtend, daß alles, was früher geschehn, wie in einen Nebel versank, daß man völlig vergessen hatte, was man früher gedacht, gehofft, gesprochen; die Phantasie dehnte sich nach dem Maß der Wirklichkeit aus und glaubte die Weltmacht zu sein.

Es ist Zeit, daß das preussische Publicum sich zum Volk erhebe. Das Publicum applaudirt, langweilt sich, trommelt und pfeift; das Volk handelt. Die schlimmste Täuschung ist, wenn man jene Kundgebungen des Publicums für ein Handeln des Volks hält. Und dieser Wahn war nur zu verbreitet: man wähnte die Arbeit gethan, sie ist erst im Beginnen. Der Theil des Volks freilich, der die Armee ausmacht, hat seine Aufgabe ausgeführt; der andere Theil sorgt zunächst für seine Verwundeten, für Wittwen und Waisen. Das ist nothwendig und schön, aber es ist noch nicht Alles. Das Bürgerthum soll die Arbeit vollenden, die das Heer so glorreich angefangen hat. Um das aber zu können, muß es erst den Schlaf aus den Augen reiben und sich umsehen in der wirklichen Welt.

Als Graf Bismark vor 2 $\frac{1}{2}$  Jahren das Publicum durch den Einzug in Schleswig überraschte, wurde, nachdem der erste Schreck vorüber, das Stichwort ausgegeben: „er hat es nicht gewollt! er hat es wider Willen gethan, gezwungen durch die mächtige Stimme des Nationalvereins und der Fortschrittspartei!“

Soll dies klägliche Schauspiel zum zweitenmal aufgeführt werden? soll es zum zweitenmal heißen: „Bismark hat nicht gewollt! er ist in Kiel, Hannover, Kassel, Dresden, Frankfurt, Prag, Brünn ein-

gerückt, wider seinen Willen, gezwungen durch die mächtige Stimme des Nationalvereins und der Fortschrittspartei?" — Diese nebelhafte Vorstellung würde uns unfähig machen zur Arbeit; es ist nöthig, sie zu zerstreuen.

Bis zum 24. März war mit wenig Ausnahmen alle Welt einig, die Annexionspolitik Bismarcks zu verurtheilen. Theils aus juristischen Gründen, als „Vergewaltigung“ des „angestammten“ Herzogs oder der souveränen schleswig-holsteinischen Nation; theils weil man nicht glaubte, das preussische Heer sei Oestreich gewachsen; theils weil man dem Ministerium weder das Recht noch die Fähigkeit zuerkannte, die deutsche Frage in die Hand zu nehmen. Die deutsche Frage müsse ruhen, bis Preußen sein Budgetrecht geordnet; dann würden die moralischen Eroberungen von selbst kommen; mit Achtung aller Rechte, selbst der halben Altenburger Dörfer, die nicht preussische Steuern zahlen wollten. Uebrigens werde es jetzt zu nichts kommen, der König wolle nicht.

Der König wollte. Als Oestreich — zum Theil wohl angestachelt durch die Rechnung auf den innern Conflict in Preußen — seine Rüstungen begann und sich an seine Vasallenstaaten wandte, erfolgte rasch und entschieden die Antwort: es war die Forderung eines Parlaments, 24. März.

Allgemeines Erstaunen; dann: „es ist ein Schachzug! Inneres Düppel und ein Parlament! Man droht, um Geringeres zu erreichen. Dabei ein ungeschickter Schachzug: die Mittelstaaten werden verletzt, gewonnen wird Niemand.“ „Verflucht sei, wer ins Parlament geht!“ Ein zweites Osmütz wurde bestimmt in Aussicht gestellt.

Große östreichische Heeresmassen wälzten sich nach Böhmen, Marschall Benedek mit seinem „alten Soldatenglück“ wurde an die Spitze gestellt, die ganze östreichische Presse schnob Wuth und Rache: mit Osmütz sei es nicht mehr gethan; es gelte nicht mehr, Preußen zu erniedrigen, sondern zu zerstückeln; die Episode Friedrichs II. (wie Herr v. Benst sich ausdrückte) aus der deutschen Geschichte auszustreichen. Es war bitterer Ernst, man wollte endlich die ewige Angst los sein. Auch von anderer Seite nahm man es ernst: am 7. Mai schoß ein Meuchelmörder sechs Kugeln auf Graf Bismark ab. Die Angst macht

blind: alle Welt war überzeugt, daß mit der Wegschaffung Bismarcks das Leiden Deutschlands beendet sei.

Die Rüstungen, schwerer in Preußen zu ertragen als anderwärts, weil die besten Theile des Volks in der Armee stehn, brachten allgemeine Noth hervor. Von allen Seiten liefen Adressen ein: nur Frieden! Frieden! — Die Breslauer Erklärung vom 17. Mai, welche gegen den Strom war, wurde von Jacoby in Königsberg offen gebrandmarkt. „Diesem Ministerium keinen Groschen!“ war die allgemeine Loosung.

Mit vollem Recht machte die Nationalzeitung vom 23. Mai darauf aufmerksam, wie unehrlich es sei, nominell das Programm eines Bundesstaats unter preussischer Führung festzuhalten und doch jeden Krieg mit Oestreich auszuschließen; sie machte auf den Eindruck aufmerksam, den solche Adressen auf den König haben müßten. „Er würde sich zu der Meinung berechtigt halten, daß ein Bürgerstand, welcher immer nur den häuslichen und den augenblicklichen Privatvortheil im Auge hat, nimmermehr einen Antheil an der Staatsleitung erhalten dürfe. Er würde auf den Gedanken kommen, daß ein Bürgerstand, der für das Staatswesen keinen Sinn hat, auch nach staatsbürgerlichen Rechten keine sonderliche Sehnsucht haben möge, und daß ein solcher schon durch Fürsorge für seine persönlichen Interessen leidlich zufrieden gestellt werden könne. Einen solchen Bürgerstand würde eine Regierung, wenn das Geld knapp wird, etwa durch Darlehnskassen zu beschwichtigen suchen, demnächst aber erwarten, daß er die politischen Geschäfte ihr selber überlassen werde. Von seiner Anhänglichkeit an die Staatsverfassung dürfte sie keine hohe Meinung behalten, sobald sie sähe, daß er sich aus dem Staatswesen überhaupt nicht viel macht.“

Aber die Nationalzeitung, in dem ehrlichen Gefühl, selber mit Ausdauer und Ernst für die Erhebung Preußens gearbeitet zu haben, erklärte zwar den Krieg selbst und seine Zwecke als gut und recht, aber sie erklärte die gegenwärtige Regierung für unfähig, ihn zu führen; sie meldete mit einer gewissen Feierlichkeit, die „liberale Partei“ sei bereit, die Regierung in die Hand zu nehmen. „Es muß sein!“ —

Wer war diese „liberale Partei“, die sich bereit erklärte, die Ge-

schäfte zu führen? — Die parlamentarischen Vertreter der Fortschritts-  
partei hatten sich über die deutsche Frage nicht ausgesprochen, ihre  
Blätter lagen im stärksten Hader unter einander.

Und die Sache drängte. Am 1. Juni brach Oestreich den  
Gasteiner Vertrag, indem es die Sache der Herzogthümer an den  
Bundestag brachte; die Antwort war der preußische Einmarsch in Hol-  
stein, 7. Juni. Zwei Tage darauf erschien eine Kundgebung der  
„liberalen Partei“.

Der Landtag war 9. Mai aufgelöst, die Neuwahlen sollten  
25. Juni stattfinden. Es existirte in Berlin ein Central-Wahlcomité  
der Fortschrittspartei, der einzigen wirklich organisirten liberalen Partei.  
Von allen Seiten wurde das Comité gefragt: wie sollen wir wählen?  
Soll bewilligt werden oder nicht? Oder unter welchen Bedingungen?

Als Antwort auf diese Anfragen veröffentlichten endlich am 9. Juni  
Mitglieder des Comité's: Schulze-Dehnsch, Parisius, Löwe-Galbe,  
v. Hennig, Langerhans, Franz Dunder, Siemens, eine Ansprache an  
die „liberalen Wähler Preußens“.

„Wohin die Dinge durch den Conflict der Regierung mit dem  
verfassungstreuen Abgeordnetenhaufe, durch die von der Regierung  
gegen das Votum des letzteren in der äußern Politik ein-  
geschlagenen Wege, namentlich die erstrebte Annectirung  
Schleswig-Holsteins wider den Willen von dessen Bevöl-  
kerung, gelangt sind, und wohin sie ferner treiben, wenn nicht dem  
bisherigen Gange derselben schleunigst Einhalt geboten wird, sieht  
Jedermann.“

„Das preußische Volk hat gesprochen, hat die Loosung ausgegeben  
aller Orten, und thut es noch täglich, vernehmlich und festgeschlossen  
und einig in allen wesentlichen Punkten. So haben wir, was kein  
Comité in der Welt hätte fertig bringen können, ein Programm, hinter  
dem unmittelbar das Volk steht, und es bleibt nur übrig, einfach Act  
davon zu nehmen. Hier der einmüthige Spruch:“

„1) Enthält derselbe die unbedingte Verwerfung der Politik des Mi-  
nisteriums Bismark, als Ursache des bevorstehenden Krieges,  
welcher die wahren Interessen Preußens und Deutschlands  
schwer zu schädigen, Preußen von seinem deutschen Beruf



weiter wie je zu verschlagen droht, die Einmischung des Auslands in innere deutsche Angelegenheiten in Aussicht stellt und dadurch werthvolle deutsche Grenzländer zu gefährden droht.“

„2) Gibt er den festen Entschluß kund, trotz der Gefahr feindlicher Ueberziehung keinen Augenblick den Kampf um Recht und Verfassung aufzugeben, vielmehr die Beseitigung des gegenwärtigen Regierungssystems energischer wie je anzustreben, da nur der Wechsel in den leitenden Personen und die gänzliche Umkehr von den bisher befolgten Grundsätzen die Gefahren, welche durch Nichtachtung des Volksrechts im Innern wie nach Außen heraufbeschworen sind, noch abzuwenden vermag.“

„3) Stellt er die bestimmte Forderung auf, daß die Abgeordneten, vor vollständiger Herstellung ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse, insbesondere ihres Budgetrechts, der k. Staatsregierung keinerlei Mittel in Steuern und Anleihen zur Verfügung stellen, und überhaupt nichts gewähren sollen, was dieselben zur Fortführung ihres bisherigen, den politischen und wirthschaftlichen Bedürfnissen, wie den Rechten des Landes widerstrebenden Regiments in den Stand setzt.“

Zum Schluß wurde ausdrücklich hinzugefügt: „Selbst die deutsche Frage kann erst dann zur Entscheidung kommen, wenn das preussische Volk mit Entschlossenheit sein eigenes Recht zur Geltung gebracht hat.“

Diese Erklärung wurde 9. Juni publicirt; andere Kundgebungen lauteten noch stärker. Von allen Seiten fragte man: ist das nun wirklich die Meinung der gesammten Fortschrittspartei? das Programm der „liberalen Partei,“ welche sich bereit erklärt hat, in dieser Krisis die Geschäfte zu übernehmen? Kein Wort von der frechen Drohung Oestreichs und seiner Vasallen, Preußen mit Feuer und Schwert zu verheeren? Kein Wort von dem Beruf Preußens, die Einheit Deutschlands mit starker Hand zu schaffen? Nur Anklagen gegen Bismarck als den Urheber des Kriegs, und keine gegen Mensdorf, Beust, Dalwigk, Barmbiller, Frese, Samwer und die übrige Gesellschaft? Sind es wirklich preussische Männer, die von der Leidenschaft so völlig blind werden können? Wird sich in der Partei Niemand finden, der sich offen von diesem Programm lossagt?“

Es fand sich Niemand. — Die Wahlen vom 25. Juni haben, was

jenes Comité als einstimmigen Spruch des Volkes registrirte, nicht ratificirt. Aus 30 Conservativen sind 143 geworden. Und diese Urwahlen fanden vor den großen Erfolgen vom 28. Juni statt; die Schlußwahl, 3. Juli, gleichzeitig mit der entscheidenden Schlacht, bevor man den Ausgang derselben kannte.

Wie hing diese Umstimmung zusammen? War die Mehrheit des Volks plötzlich in das reactionäre Lager übergegangen, und hatte ihre Ansichten über §. 99 der Verfassung, über Herrenhaus, Reichstage, Pressfreiheit, Wuchergesetze u. s. w. über Nacht gewechselt? — Die Regierung und die conservative Partei würden in einen schweren Irrthum verfallen, wenn sie das annähmen.

Die Mehrheit des Volks — jetzt nicht mehr Publicum, sondern Väter und Brüder der jungen Männer, die in den Krieg zogen — hatte den richtigen Instinct, daß es sich in diesem Augenblick darum handle, mit Hintenansetzung aller sonstigen Interessen Preußen zum Siege zu verhelfen. Sie fand nur zwei organisirte Parteien vor, die conservative und die Fortschrittspartei. Die letztere wollte den Budgetkrieg nun erst recht fortsetzen, die erstere gab ihre alten Traditionen von östreichischem Bündniß, Legitimität u. s. w. auf, und unterstützte eine in ihren Augen immer etwas revolutionäre Politik, die aber preußisch war. So wählte man die Conservativen; wer sonst noch einen Platz fand, verdankte ihn seinem persönlichen Ansehen; nur in einer Stadt, in Halle, regte sich eine national-liberale Partei, und mit Erfolg.

Die Action begann. Die Sache schien eine noch schlimmere Wendung zu nehmen, als die schwärzesten Besorgnisse des Publicums vorausgesehen. Man hatte auf Hannover und Kurhessen gerechnet, im entscheidenden Augenblick gingen sie in's Lager der Feinde über. Wiederum hatte Graf Bismark richtig speculirt: eine halb rasende Verblendung trieb die Fürsten, ihre Länder als Compensations-Object zu bieten. 14. Juni beschloß der Bundestag Mobilisirung gegen Preußen, Preußen erklärte den Bund für aufgelöst, es erfolgten die bekannten „Affensprünge“ preußischer Behendigkeit, in acht Tagen waren drei deutsche Staaten in unsern Händen.

„Nun ist Preußen völlig verloren!“ Das war das einstimmige jubelnde Urtheil Süddeutschlands. Ein Lügengewebe, wie es in der

Weltgeschichte noch nicht dagewesen, breitete sich aus. Die Preußen waren in's Netz gegangen, schon war ein großer Theil entwaffnet und nach Sibirien gebracht, die Landwehr war im Begriff, gegen die Regierung die Waffen zu ergreifen. Wiederum acht Tage, und die böhmischen Erfolge veranlaßten die Berliner, dem Grafen Bismark die Pferde auszuspannen.

Noch ließ Benedek, der Gefürchtete, die Proclamation beim Einmarsch in Preußen metallographiren, die Proclamation mit der „eisernen Hand.“ Drei Tage, und diese Proclamation, mit 160 östreichischen Geschützen und 20,000 östreichischen Gefangenen, war wirklich auf dem Wege nach Berlin, Oestreich stand dem Sieger offen.

Jetzt endlich zerriß das Lügengewebe, ganz Europa öffnete erstaunte Augen. Aber noch immer lebte man in der Illusion, Oestreich, ein altes, vornehmes Haus, werde im Unglück Haltung bewahren. Aber der bisherige Hohn der Oestreicher verwandelte sich in ein klägliches Angstgeheul, man zog die geschlagenen Generale als Verräther vor Gericht, das stolze alte Haus wandte sich hilfselehend an Napoleon, und legte ihm eine Provinz zu Füßen, für deren Befestigung es noch vor Kurzem die ungeheuersten Summen ausgegeben. Neuer Jubel im östreichischen und süddeutschen Lager, das den letzten Rest von Schaam verlor, und neue Enttäuschung! — In unaufhaltsamen Vormärschen drangen die Preußen bis vor Wien und Preßburg, bis in das Herz von Süddeutschland, und Preßburg und Wien waren im Begriff, den Siegern in die Hände zu fallen, als Oestreich sich beugte. Trotz der mächtigen französischen Protection wurden die souverainen Vasallen Oestreichs der Discretion Preußens preisgegeben. Mehrere Banqueroute hat Oestreich überlebt, von diesem moralischen Schlag wird sich die Großmacht nicht wieder erheben.

Der König kehrt in seine Hauptstadt zurück; in welcher Stimmung wird er uns antreffen? — Nichts ist verderblicher für eine Partei, als wenn sie die Augen zumacht, um nicht zu sehen, was um sie her vorgeht. Eine große Zahl von schweren und verhängnißvollen Irrthümern sind zu bekennen.

Der Verfassungskonflikt ist ein secundairer, er entsprang aus dem Kampf um die Reorganisation der Armee. Und auch in diesem Kampf

waren die juristischen Motive, auf die man beständig zurückkam, nicht die Hauptsache: man bezweifelte die militärische Tüchtigkeit der Reorganisation. Nie ist einem Manne schreienderes „Unrecht“ zugefügt worden, als dem Kriegsminister v. Roon. Die preussische Armee ist, abgesehen von der Zahl, im gegenwärtigen Augenblick an Führung, an Schnellkraft, an Bewaffnung, an allen materiellen und moralischen Eigenschaften die erste der Welt: das ist das einstimmige Urtheil aller Sachverständigen in Frankreich, England, Rußland. Der böhmische Feldzug ist den Großthaten des siebenjährigen Krieges an die Seite zu stellen. Und er ist „elegant“ geführt: um doch auch Graf Eulenburg gerecht zu werden, bei dessen Aeußerung man nur an Glacehandschuhe und Lackstiefeln dachte. Wer einmal das Gymnasium durchlaufen soll, weiß, daß ein mathematisches Problem „elegant“ gelöst wird, wenn kein Strich zu viel oder zu wenig geschieht. Die „elegante“ Lösung eines militärischen Problems erfordert eben jene „affenartige Behendigkeit,“ die auf dem Exercirplatz erworben wird: um auf Kräfte mit Bestimmtheit im entscheidenden Augenblick rechnen zu können, muß man ihre Leistungsfähigkeit vorher erprobt und erzogen haben. Daß 1850 eine solche Armee nicht vorhanden war, machte Umlütz zur traurigen Nothwendigkeit.

Wir wissen jetzt, daß die Leitung der Armee in guten Händen ist, und daß der Landtag sich darüber keine Sorge zu machen hat. Der Landtag hat nur das Volk vor Ueberbürdung zu wahren, und diese Aufgabe wird ihm die militärische Concentration Norddeutschland's wesentlich erleichtern.

Noch ein anderes beschämendes Bekenntniß ist nicht zu ersparen. Unsere Soldaten haben nicht nur eine Tüchtigkeit ohne Gleichen, sondern auch eine Humanität ohne Gleichen gezeigt. Wären die Kroaten über Schlesien gekommen, wir hätten andere Dinge erlebt. Offenbar waren die Feinde überrascht: sie waren, in der Furcht, die Preußen würden plündern, fengen und morden, überall geflohn. Die österreichische Regierung selbst soll diesen Wahn genährt haben. Aber der Ursprung desselben ist älter, es liegt in der Unvorsichtigkeit der preussischen Presse in der Behandlung der Militairconflicte. Es ging wie ein europäisches Ereigniß durch alle Blätter, wenn ein preussischer Unter-

officier sich mit einem Bäckergefallen gerauft hatte, und in ganz Deutschland — da man sich nur mit dem beschäftigte, was in Preußen voring — verbreitete sich der Mythos, jeder friedliche Spaziergänger in Berlin sei in beständiger Gefahr, von einem Lieutenant zerhauen oder von einem Unterofficier gespießt zu werden. Daß ähnliche Raufereien überall vorkamen, wußten jene preussischen Blätter nicht, und ignorirten geflissentlich unsere Freunde im Reich. — Die Warnung ist für ähnliche Fälle nicht zu umgehen.

Die Erfolge der letzten vier Wochen haben Preußen zu einer wirklichen Großmacht erhoben, und uns der Einigung Deutschlands um einen großen Schritt näher gerückt. Dazu haben die „Sympathien“ nichts beigetragen. Die wuchtigen Sympathien für den „Angestammten“ — Frieden seiner Asche! — lassen Scheel-Plessen ruhig fortregieren; die Sympathien der Bevölkerungen von Hannover, Kurhessen, Nassau waren nicht im Stande, die Regierungen in ihrer verderblichen Bahn aufzuhalten. Die Erfolge sind ausschließlich der entschlossenen und geschickten Leitung zu danken, die in einem Maaß, wie es selten vorkommt, Besonnenheit und Verwegenheit vereinigt.

Auch Graf Bismark ist falsch beurtheilt worden, was um so wunderbarer erscheint, da er sich über seine Zwecke von vorn herein mit einer fast burschikosen Offenherzigkeit ausgesprochen hat. Er hat für einen constitutionellen Minister manche gefährliche Eigenschaften: er hat gar kein Verständniß für bürgerliche Art, er verlangt rasches Entgegenkommen des Verständnisses, wo sich der Deutsche nur allmählig hineinleben will; er kann einen Witz nicht unterdrücken, jede seiner Behauptungen reizt den Widerspruch. Als er äußerte, die Einheit Deutschlands könne nicht durch Toaste und Resolutionen, sie könne nur durch Blut und Eisen herbeigeführt werden, erhob sich ein allgemeiner Schrei der Entrüstung, obgleich eine ganz nüchterne Wahrheit darin lag: auch die Mauern von Jericho werden heute nicht mehr durch Posaunen, sie werden nur noch durch Kanonen umgeworfen. Er fand einen gewissen Reiz darin, allein zu stehen und von der Verantwortlichkeit eines großen Unternehmens mehr auf seine Schultern zu laden, als ein sterblicher Mensch darf. Für die innern Zustände fehlt ihm die Schule und das Interesse: für den wirklichen Aufbau

eines Staats wird er schwerlich der Mann sein. Es wird ihm nicht leicht, diejenigen Geschäfte, die außerhalb des einzigen Gegenstands seiner politischen Leidenschaft liegen, rein sachlich zu behandeln; er wird von dem Urtheil, den Gewohnheiten, der Willenskraft untergeordneter Männer abhängig. Viele Mißgriffe sind zu beklagen, es wird auch weiter nicht daran fehlen. Es fehlen ihm sehr viel von den Eigenschaften, die zu einem guten preußischen Minister gehören, und er hat manche, die mit einem guten preußischen Minister schwer vereinbar sind.

Aber Graf Bismark ist eine Thatsache, mit der man rechnen muß. Und das einstimmige Urtheil Europas oder vielmehr der Welt, mit Ausnahme der preußischen Landtagsopposition, lautet: es giebt in diesem Augenblick keinen Mann, der das höchste Ziel einer Nation mit so eiserner Energie, so beharrlicher Ausdauer, so scharfer Berechnung, so schnellkräftigem Entschluß, so geschickter Benutzung jedes augenblicklichen Umstandes verfolgt haben könnte, als Graf Bismark. Ein ganz unsinniger Mythos hat sich auf der Bierbank über sein Hin- und Herschwanken gebildet: als ob ein Schachspieler das ganze Spiel von vornherein feststellen könnte, ehe er die Züge des Gegners kennt! Wer heute einen beliebigen Kalender in die Hand nimmt, kann nicht ableugnen, daß nicht erst von der Erklärung an, Oesterreich solle seinen Schwerpunkt in Ofen suchen, daß Jahre vorher sein politisches Princip feststand, daß er ohne Rast mit der ganzen wilden Kraft seiner Natur dafür gearbeitet hat. Und was für eine Arbeit! Die Aufgabe Cavour's war ein Kinderspiel dagegen: er hatte mit Italienern, Bismark mit Deutschen zu thun, und jeder Deutsche will seinen eigenen Weg, wenn auch nach demselben Ziel.

Und dies Ziel war dasjenige, das durch Preußens Stern vorzeichnet ist: los von Oestreich! — das Ziel, das Friedrich der Große gefunden, das Deutschlands Zukunft in sich schließt. Ein späteres Jahrtausend, welches vielleicht von dem Kampf zwischen dem wohlwöbllichen Berliner Magistrat und den Berliner Stadtverordneten nicht alle Details mehr wissen wird, wird unsere Zeit dennoch eine große nennen: und dies Jahrtausend wird dem „erfindungsreichen“

Staatsmann das Prädicat nicht versagen, daß man dem geistigen Leiter einer großen Zeit zu geben pflegt.

„Erfindungsreich“ ist ein Ausdruck Sybel's: er bezeichnet die Sache sehr gut. Früher hielt man productive Phantasie für die nothwendige Eigenschaft nur des Poeten: der Gelehrte im höhern Sinn, der Staatsmann bedarf ihrer ebenso. Es giebt Leute von recht gutem Verstand, die immer ziemlich die Mittelstraße treffen und sich selten oder nie „verhauen;“ aber sie erfinden nichts, sie schaffen nichts, ihre Existenz ist gleichgültig. Graf Bismark „verhaut“ sich oft, aber er hat eine starke productive Phantasie, er „erfindet“ wirklich, und dazu hat er einen festen Willen, der sich nie vom Ziel ablenken läßt. Ein solcher Mann pflegt rücksichtslos gegen die Menschen zu sein, rücksichtslos gegen sich selbst, herausfordernd gegen das Schicksal, da er an seinen Stern glaubt. Das ist Schade, aber das ist Naturgesetz. Ein genialer Mensch hat mit einem Abenteuerer viel gemein, beide streifen auch wohl an's Ruchlose: der Unterschied ist nur, daß der eine substantiellen Gehalt in sich trägt, der andere nicht.

Ein Mann, dem ich persönlich die höchste Achtung zolle, hat in seinem Wahlschreiben gesagt: „der Krieg, wenn er überhaupt nicht mehr zu vermeiden sein sollte, dürfe nur von reinen Händen geführt werden.“ — Mit reinen Händen führt man keinen Krieg: man taucht sie in Blut.

Es ist in den letzten Jahren viel davon die Rede gewesen, daß Recht vor Macht gehe. Wenn man nur mit diesen Begriffen nicht spielen wollte! Beide sind fließend. Der Räuber, der mich plündert und umbringt, hat im Augenblick die Macht; wenn er dafür gehängt wird, hat die Macht ihn. So ist es auch mit dem Recht: wie der Glaube an die absolute Geltung des Buchstabens zu widerlegen ist, hat Portia dem Juden Shylok beigebracht. Juristenrecht ist nicht Recht der Geschichte, das Jus ist nicht Zweck, sondern Mittel. Einseitiger Juristenverstand ist die schlechteste Geistes Eigenschaft für das Verständniß der Geschichte. Es ist möglich, daß Juristen aus alten Papieren nachweisen, Prinz Friedrich habe Successionsansprüche auf die Erbherzogthümer; die Geschichte wird den Mann preisen, der diese landesverderblichen Papiere mit Füßen getreten hat.

Gellert, der unserer Moral überhaupt den spießbürgerlichen Charakter aufgeprägt hat, an dem wir noch heute siechen, erzählt in einer seiner Fabeln den Tod eines Welkeroberers und seines frommen Reitknechtes: der letztere ist überzeugt, sein Herr müsse wegen seiner Thaten in den Himmel kommen, er selber kaum, da er nur gewissenhaft die Pferde gestriegelt. Der Gellert'sche Himmel dagegen spricht zum Helden: „Der Reitknecht als ein schlichter Mann, hat wahrlich mehr als Du gethan!“ — Wie es mit dem Himmel steht, mögen die Theologen untersuchen; die Geschichte urtheilt anders.

Nicht die abstracte Macht, nicht das abstracte Recht ist die entscheidende Instanz in der Geschichte: sondern der hat die wahre Macht, das wahre Recht, der den Gedanken der Geschichte zu fassen, seiner sich zu bemächtigen versteht. Ein Dichter, der viel dazu gethan, uns von Gellert's Altweibermoral zu befreien, sagt ganz richtig: Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.

Es macht Freude, daß Männer von der äußersten Demokratie, die aber nicht in kleinbürgerlichen Verhältnissen untergegangen sind, daß Ziegler, Arnold Ruge, Gottfried Kinkel den geschichtlichen Gedanken richtig erkannt haben. Mit einer Demokratie, deren „Herz da ist, wo die Fahnen des Landes wehen,“ kann man sich gern verständigen. Jener Gedanke, jene Federkraft der deutschen Geschichte lautet: Heraus aus dieser Jammerswirthschaft spießbürgerlicher Verhältnisse, aus dieser dumpfen Enge, die seit zwei Jahrhunderten unsern Geist befangen, unsere Kraft gelähmt, das Netz allgemeiner Verlogenheit über uns geworfen hat, in der kein Recht voll und wahr, keine Form bestimmt und ehrlich, kein Zustand haltbar sich zeigte! Heraus aus diesem halben Wollen, halben Begehren! aus diesem Gewirr angstvoller Bedenken, das jeden Tag dem vorigen widersprechend machte! Der Knoten konnte nicht gelöst, er mußte mit dem Schwert zerhauen werden, und daß Graf Bismark das erkannte, wird die Geschichte ihm anrechnen.

Besser wäre es gewesen, wenn er verstanden hätte, das Volk zur Mitwirkung zu bringen. Zu seiner Entschuldigung dient, daß ihm vom Volk auch nicht der kleinste Finger geboten wurde. Man hat ihn hart getadelt, daß er dem Landtag die Entscheidung über Krieg und



Frieden entzog: Gott sei gepriesen, daß der Geschichte das Blatt erspart wurde, welches Angefichts einer der größten Thaten des Jahrhunderts die Verhandlungen des vorigen Landtags geboten haben würden!

Die Patrioten der Clubbs wiegen sich noch heute in dem Wahn, sie hätten einen glänzenden Ausgang des Conflicts herbeiführen können, während sie nicht einmal im Stande waren, mit Hülfe ihrer Anhänger Sachsen, Hannover, Hessen, Baden u. s. w. in Neutralität zu halten! — Wer heute noch so wenig gelernt und so wenig vergessen hat, daß er sich oder andern einredet, zu den Ereignissen der letzten Wochen hätten Sympathien und Antipathien, Popularität und Unpopularität, feurige Reden und Toaste das mindeste beigetragen, der ist als völlig hoffnungslos aufzugeben, der hat ebensowenig das Recht wie die Fähigkeit, an der ernstesten Arbeit, die jetzt beginnen soll, mitzuwirken. Irren kann Jeder; wer aber nicht im Stande ist, seinen Irrthum zu bekennen — hinaus mit ihm, wo es Männerarbeit gilt.

Worin liegt Garibaldi's Größe? Mit seiner kriegerischen Action ist es nicht weit her, wie mit der italienischen überhaupt nicht. Aber dieser Republikaner warb für den König von Italien, da der König dem neuen Italien nothwendig war; derselbe König ließ im höhern Interesse des Staats auf ihn schießen, und dieser unbezähmte Mensch leidenschaftlichster Action kam, die Narben seiner Wunden noch am Leibe, auf den ersten Ruf desselben Königs gehorsam wieder, da es die Sache des Landes galt. So denkt ein großes Herz.

Wie aber denkt ihr, ihr großen Patrioten des souverainen Publikums? — „Wie! Wir haben gestern und vorgestern behauptet, die Politik Bismark sei der Ruin Preußens, Annexion und Vergewaltigung führten zu unserm Verderben, die holsteinische Frage könne nur durch das Budgetrecht, die deutsche Frage nur durch die Popularität unsers Schulze gelöst werden — das haben wir gestern, vorgestern gesagt und wieder gesagt, und heute sollten wir etwas anderes sagen?! Wir haben prophezeit und als Propheten gegolten, und nun sollen wir bekennen, daß unsere Prophezeihungen nicht eingetroffen sind? Das muthet man uns zu?! — Wir sollten uns ein Dementi geben?! — Non possumus!“ — — Wohlan, die Geschichte wird ohne euch fertig zu werden suchen.

Soll die größte That der preussischen Geschichte nicht ganz in die Hände der Conservativen fallen — was ein schweres Unglück wäre —, so ist es die höchste Zeit, daß diejenigen, die an den liberalen Principien festhalten, aber die Einheit und Größe des Vaterlandes über alles stellen, sich von den vermeintlichen Führern, die nichts gelernt und nichts vergessen haben, ein für allemal lossagen und eine neue Partei bilden.

Was aber soll der Inhalt der neuen Partei sein? — Die Italiener zeigen uns den Weg. — Die Hülfe Frankreichs verschaffte ihnen die Lombardei und hemmte ihnen die Action mit Villafranca und Zürich. — Das Volk trat an Stelle der Armee und schuf, wie sauer der Freund auch blickte, den Einheitsstaat.

Mit eigener Kraft hat unsre Armee Oestreich, den bittersten und unveröhnlichsten Feind des deutschen Wesens, aus dem Bunde geworfen, und den norddeutschen Bundesstaat möglich gemacht; das ist viel, aber es genügt nicht. Der monarchische Bundesstaat ist nur ein Provisorium.

Wohl giebt es eine Doctrin, die den Bundesstaat oder das Vielkönigthum dem Einheitsstaat vorzieht, eine Doctrin, die nicht durch Logik, sondern nur geschichtlich zu erklären ist. — Die deutsche Einheitsbewegung ging nicht, wie es hätte geschehen sollen, von Preußen, sondern von Kleindeutschland aus. Ein Kleindeutscher konnte wohl für den Bundesstaat, aber nicht für den Einheitsstaat agitiren, weil er sonst dem Strafgesetzbuch verfiel. — Und so gewöhnte man sich daran, bis man endlich das Ungefährlichere für das Bessere ausgab.

Dazu kam — nicht die Stammesverschiedenheit — sondern das Interesse der Residenzler. Einheit Deutschlands, aber Krähwinkel die Hauptstadt! und wenn das nicht ging, wenigstens keine Hauptstadt, die der eignen Residenz über den Kopf wuchs; der Sitz der Regierung mußte ein unbedeutender Ort sein. Die deutsche Republik, scherzte man 1848, aber den verstorbenen Großherzog an die Spitze! Den lebenden natürlich nicht, den kannte man.

Die Bewegung, welche zu der Bildung der ersten deutschen Einheitspartei, der gothaischen, führte, ging von dem intelligenten Bürgerthum aus, und erhielt dadurch ihren Charakter. Einmal galt es der polizeilichen Bevormundung, die angeblich im Interesse der

Ordnung und Sicherheit, also im Interesse des Bürgerthums, jede freie Bewegung des Bürgerthums mit Argwohn ansah. Sodann der Unnatur der deutschen Verhältnisse, wie sie durch den Wiener Congreß geschaffen waren. Eine Nation, die seit einem halben Jahrhundert geistig so Großes geleistet, sollte politisch verurtheilt sein, auswärtigen Mächten als Spielball zu dienen! Die Landsleute Lessing's und Göthe's sollten in der Reihe der Nationen nur unter der Firma der Hessendarmstädter, der Schwarzburg-Sondershäuser, allenfalls der Preußen sich legitimiren!

Zwei fruchtbare Gedanken entwickelten sich aus diesem dunklen Drange: die Idee des Verfassungsstaats und die Idee der deutschen Einheit. Beiden Ideen schien sich ein gemeinsamer Factor darzubieten, das Parlament: in den Einzelstaaten als Vermittelung zwischen Regierung und Volk, im gesammten Deutschland als Vermittelung zwischen den einzelnen dynastischen Interessen und dem Nationalgefühl.

Beide Gedanken wurden durch die eigenthümliche Lage der Zeit, in der sie zur lauten Geltung kamen, verflümmert. Die Idee des Verfassungsstaats dadurch, daß die Kleinstaaten bereits Kammern besaßen, die Großstaaten nicht, daß also den letzteren das Muster der ersteren vorgehalten wurde. Das Verfassungsleben eines Kleinstaats hat nothwendig einen engen Horizont, und diese Enge des Blicks, diese Spießbürgerlichkeit der Gesinnung mischte sich unvermerkt in die Idee der Verfassung selbst ein. Die Idee der Einigung Deutschlands wurde wiederum dadurch verflümmert, daß sie hauptsächlich in den Kleinstaaten genährt wurde, bei denen der Drang, aus den engen Räumen heraus zu kommen, sich am fühlbarsten regen mußte. Daher das sonderbare Schauspiel, daß die Schwächeren bestimmend auf das Schicksal der Stärkeren einwirken wollten.

Der preussische Landtag von 1847 kam zu spät, um dem einmal fest gefaßten Gedankengang eine andere Richtung zu geben, und so geschah es denn im folgenden Jahr, daß, als die Unsolidität der bisherigen Zustände in einer Schrecken erregenden Weise hervortrat, als sämmtliche Regierungen Deutschlands einem verhältnißmäßig nicht starken Drange wichen, der Neubau des Reichs hauptsächlich in die Hände der kleinstaatlichen Politiker gegeben war.

Nach einer langen Arbeit nahm endlich der Gedanke der nationalen Einheit eine bestimmte Form an. Man erkannte, daß eine Centralvertretung des Volkes nur Sinn hätte einer Centralregierung gegenüber; daß diese nicht in die Hände des Schwächeren, sondern des Stärkeren gelegt werden müsse; daß die Macht nicht erst zu schaffen, sondern schon gefunden sei; daß Preußen den Beruf und die Fähigkeit habe, in diese Stelle zu treten, und daß man, um es vollständig dazu zu befähigen, die engere Verbindung mit Oestreich opfern müsse. Die Mehrheit, die Friedrich Wilhelm IV. zum deutschen Kaiser ausrief, war gering, aber doch vorhanden.

Freilich war der Beschluß zunächst ein theoretischer, und es fragte sich nun, wer ihn durchführen sollte. Ohne Gewalt war Oestreich nicht zu entfernen; über revolutionaire Kräfte konnte man nicht verfügen, weil die Demokratie sich abwendete. So blieb denn Preußen, wenn es die dargebotene Gabe ergreifen wollte, auf seine eigenen Kräfte angewiesen. Nach einer Reihe schwächlicher Velleitäten, ängstlichem Begehren und trotzigem Zurückweisen sah sich Preußen zu dem sauren Gang nach Olmütz genöthigt.

Wann trat in Frankfurt die Wendung zur preußischen Spitze ein? — In den ersten Tagen des Frankfurter Parlaments, als Preußen noch ein liberales Ministerium und eine Nationalversammlung hatte, wurde der Antrag, dem König von Preußen die Macht des Reiches zu übergeben, mit allgemeinem Hohn zurückgewiesen; die Kaiserwahl erfolgte, als Preußen ein ausgesprochen reactionaires Ministerium hatte, als die Nationalversammlung gesprengt war. Gewiß würde jeder der Abgeordneten, die für Friedrich Wilhelm IV. stimmten, ein liberales Regiment einem reactionairen vorgezogen haben, aber wenn nicht mit Bewußtsein so doch aus Instinct wandten sie sich zu dem, der Kraft zeigte. Das März-Ministerium schien mehr Hülfe begehren als leisten zu können, das November-Ministerium hatte seine Gegner beseitigt und verfügte frei über die preußischen Bajonette.

In dem dumpfen Reactionssystem, das seit Olmütz auf Preußen lastete wie auf den übrigen deutschen Staaten, verstummte allmählig die Einheitsidee; man fühlte die Wucht der materiellen Last zu stark, um sich überhaupt mit Ideen zu beschäftigen. Verstimmt zog sich ein

großer Theil des Volkes vom parlamentarischen Leben zurück, Deutschlands einziger Trost schien der Kladderadatsch zu sein. Nur der klein-deutsche Particularismus fühlte sich recht behaglich; wenn er es auch an gelegentlichen Ausfällen gegen Preußen, dessen bloße Existenz eine Drohung gegen ihn war, nicht fehlen ließ, so schien er in der orientalischen Krisis diesen gefürchteten Staat seiner kleinen Politik wegen sogar zu protegiren.

„Da trat plötzlich,“ schrieb Herr v. Beust als „populärer Mann“ vor sechs Wochen an Graf Hohenthal, „in Preußen ein Wechsel ein, der ohne alle zwingende Nothwendigkeit sich nicht darauf beschränkte, erkannte Mängel und Fehler zu verbessern, sondern mit großem Gloriat einen radicalen Umschwung in Scene setzte, dessen ganzer Zuschnitt dazu angethan war, das in andern deutschen Staaten bestehende System lächerlich und gehässig erscheinen zu lassen.“ Der Particularismus fühlte sich bedroht, und Oestreich hatte seine vollen Stimmen.

Bald nach der „Neuen Aera“ begann der italienische Krieg. Mit Hochmuth verlangte Oestreich und der mit ihm verbündete Particularismus von Preußen Vasallendienste; diese wurden abgelehnt; doch zeigte sich die Hoffnung, durch eine „Verstandesehe“ mit Oestreich die Stellung in Deutschland zu gewinnen, die Preußen fordern mußte, gleichfalls als illusorisch: Oestreich warf eine werthvolle Provinz weg, ja es ließ die Consolidirung Italiens geschehen, um für den bevorstehenden Schachzug gegen Preußen im Kaiser Napoleon einen Helfer, wenigstens einen wohlwollenden Zuschauer zu gewinnen. Das ist seit 7 Jahren die consequent durchgeführte Politik des Fürsten Metternich.

Oestreichs Groll sollte sich noch steigern, als der „Nationalverein“ sich bildete aus einer Verbindung von alten Demokraten und Gothaern, und im Wesentlichen das Gothaer Programm aufstellte. Wieder war es eine klein-deutsche Bewegung, wieder waltete die Täuschung ob, als ob es außerhalb Preußens einen Punkt des Archimedes gäbe, von dem aus man Preußen zu einer entschlossenen Politik treiben, überhaupt beaufsichtigen und regieren könne. Man wußte sich, namentlich in Süddeutschland, unpopulär, und suchte die Stimmung dadurch zu bessern, daß man über das wirkliche Preußen noch strenger urtheilte als die Gegner; daß man Schritt für Schritt durch Concessionen an

die Gegner die Bestimmtheit des Programms abschwächte. Eine Partei kommt nur dann vorwärts, wenn sie mit einseitiger Entschlossenheit auf ein bestimmtes Ziel losgeht: eigentlich machte der Nationalverein nur in Preußen Fortschritte, und die wollten nicht viel sagen. Wenn es nur darauf ankäme, durch den bloßen Wunsch ohne weitere Unkosten zu annectiren, so wäre das ganze preußische Publicum annexionistisch.

Die preußische Regierung verhielt sich kühl; sie wollte sich auf moralische Eroberungen beschränken. Wieder kam die große Zeit der Reden, Toaste und Resolutionen. Es war, als ob das Weib in der Liebe die active Rolle des Mannes übernehmen sollte. Zudem sollte es mit den moralischen Eroberungen nicht lange währen. Es gab in Preußen Männer, die wohl wußten, woran es vor Osmütz gefehlt, woran es noch 1859 fehlte. Die Reorganisation der Armee wurde in Angriff genommen; es ist unnöthig, die Reihe der Fehler aufzuzählen, die, von allen Seiten begangen, aus der Militairfrage einen Verfassungsconflict machten.

Das Stichwort der „moralischen Eroberungen“ war nicht glücklich gewählt. Man dachte sich: Preußen solle auf die Weise annectiren, daß es sich als einen Musterstaat entwickelte, in den so bald als möglich einzutreten jeder Deutsche die Neigung haben müsse. Natürlich ist es schon im eigenen Interesse Preußens besser gut als schlecht regiert zu werden, aber in Beziehung auf einen Punkt, wir mögen es anfangen, wie wir wollen, werden wir bei unsern Nachbarn die Neigung Preußen zu werden nie erwecken können: wir werden für unser Militair immer mehr Kräfte ausgeben müssen, als nach volkwirthschaftlicher Rechnung erlaubt ist. Wir werden es müssen, so lange die Pflicht, Deutschland zu vertheidigen, ausschließlich auf unsern Schultern lastet, so lange wir also in der Lage sind, moralische Eroberungen zu wünschen. So lange Menschen Menschen bleiben, werden die Bewohner der Kleinstaaten es vorziehen, sich durch unser Geld und Blut beschützen zu lassen, als selber etwas dafür auszugeben, werden die Hoffunker, Hoffeisenfieder und der Troß, der zu ihnen gehört, eine eigne Residenz vorziehen; wird der Bewohner des einen Krähwinkel sich hüten, dem andern Krähwinkel den Preis eines Musterstaats zuzugestehn. Wir mögen uns die liberalsten Einrichtungen

geben, die Berliner Aussprache wird dem bayrischen Ohr deshalb nicht angenehmer klingen. Wir sind keine Italiener. Unsere Krähwinkelei wird nicht durch zarte Schmeichelei besiegt, der gestreichelte Krähwinkler wird immer horstiger; nur die Kraft wirft sie zu Boden. Wohlverstanden: die Kraft die von Weisheit und Maaß geleitet wird.

Man scheut sich immer, das Ding beim rechten Namen zu nennen. Man sprach von einer Hegemonie des preußischen Volksstammes — als ob es einen solchen gäbe! Nicht das preußische Volk, der preußische Staat ist es, in dessen Form der Rahmen für das künftige Deutschland liegt.

Zwischen furchtbare auswärtige Kriegsmächte eingeklemmt, faun Deutschland den Versuch einer ernsthaften Reorganisation, die immer bis zu einem gewissen Grade Desorganisation ist, nur wagen, wenn sie von einer bereits fest organisirten Macht gestützt ist, die das Ausland abwehren kann. Die engen Grenzen der Mittelstaaten können den politischen Blick nicht bilden, in Preußen ist der beschränkteste Staatsmann genöthigt, sein Auge nach allen Seiten offen zu halten. Straffe Zucht auf der einen, Vielseitigkeit des Blicks auf der andern Seite, das ist, was die Blicke aller Nichtpreußen, sei es in Groll oder Sehnsucht, nach Preußen wendet. Mehr endlich als alle übrigen deutschen Staaten ist Preußen ein unfertiger Staat. So lange Deutschland unter der Lustglocke stand, mochte Preußen sich damit zufrieden geben, daß sein staatlicher Zusammenhang von allen Seiten unterbrochen war; sobald die Völkerbewegung begann, war es nicht mehr möglich. Wer auch in Preußen regieren mag, das Streben der Machterweiterung wird durch die Lage des Staats nothwendig gegeben. Das ist es, was, bewusst oder unbewußt, für jeden, der die Einigung Deutschlands will, in Preußen eine Hoffnung, für jeden, dem es um die Aufrechterhaltung der alten Zustände zu thun ist, in Preußen eine Furcht zeigt. Was auch in Deutschland für ein Conflict ausbrechen möge, Preußen ist in letzter Instanz immer der Angreifer; bloß durch seine Existenz.

Auch zur Bildung der Fortschrittspartei gab den ersten Anstoß die deutsche Frage. Die Weigerung der liberalen Majorität, an einer Resolution im Sinn des Nationalvereins festzuhalten, von der

es in der That ziemlich gleichgültig war, ob sie angenommen wurde oder nicht, veranlaßte das Ausschneiden von Jung-Vitthauen; die Partei gab sich die Firma „Deutsch“. Die Früchte, die sie in Aussicht stellte, waren im Ganzen wünschenswerth, es kam nur darauf an, wie sie diese Aussicht zu realisiren dachte.

Ein seltsamer Weg! Das Ministerium, dessen Politik man kräftigen zu wollen schien, erhielt ein Mißtrauensvotum, in Bezug auf die gemeinste seiner Functionen, die Ordnung seiner Calculatur. Damit verlor die „Neue Aera“ den Boden, das ganze Verzeichniß der Wünsche, von denen ein großer Theil bereits vor Bildung der Fortschrittspartei seiner Erfüllung nahe war, wurde mit einem Zuge gestrichen, und man verlor aus der Hand, was bisher noch keine Regierung dem Landtag bestritten, das Recht der Ausgabenbewilligung.

Für dieses unbestreitbare Recht einzutreten, war nun die nothwendige Aufgabe: eine Nothwendigkeit, aber eine traurige. Man hatte sich getäuscht, wenn man glaubte, ein lange währender Verfassungskampf stähle die wahre Kraft des Volks. Im Gegentheil untergräbt er seine Productivität, seine Elasticität, die Unbefangeneheit und Vielseitigkeit seiner Bildung. Er bringt eine Verbitterung hervor, die den Blick für die Thatfachen trübt; er engt den Horizont ein, und läßt nur einen kleinen Theil der Welt offen. In der That hatte man zuletzt ganz vergessen, daß der Staat noch andern Inhalt hat als das Budgetrecht. Man gewöhnt sich an eine permanente sittliche Entrüstung, die zuletzt den Kopf wirr macht, an gemüthvolle Demonstrationen, mit denen man glaubt, eine That zu thun; an kleinliche Mittel und Winkelzüge. Hier systematische Opposition, dort systematische Tracasserie. Ein trauriges Schauspiel, wenn die Regierung den Doastern den Gürzenich verschließt und sie vor Gericht läßt: aber ist es etwa erhebender, wenn die Vertheidigung nachweist, es sei kein politischer Verein, sondern ein „Fresscomité“ gewesen? Es ist gewiß gegen den Geist der Städte-Ordnung, wenn die Regierung ihr formales Recht der Nichtbestätigung gegen alle Mitglieder der politischen Gegenpartei wendet; aber ist es etwa im Geist der Städte-Ordnung, wenn die Bürgerschaft ihr formales Recht der Wahl gleichfalls nur nach politischen Maßstäben übt?



— Es ist mit einem lange dauernden politischen Conflict wie mit einem endlosen bürgerlichen Prozeß: manche Tugenden werden geübt, Ausdauer, Geduld, Scharfsinn; aber eigentlich ist es doch ein Leben wie das eines von einem krankhaften Absceß heimgesuchten Organismus. Alle Welt wird Advocat, Calculator, Toastredner, alle politische Thätigkeit dreht sich im Kreise. Wie sollen aus diesem subalternen Treiben schöpferische Staatsmänner hervorgehn?

Der Nationalverein und die Fortschrittspartei fühlten sich in einer Weise solidarisch verbunden, daß ihre beiderseitige Wirksamkeit dadurch verkümmert wurde. Der preußischen Fortschrittspartei zu Liebe erklärte der Nationalverein: „die Idee der deutschen Einigung muß vertagt werden, bis die Fortschrittspartei in Preußen regiert. Mit Bismarck keine preußische Spitze!“ Er überhörte das Geschrei der Süddeutschen: „alle Preußen sind Bismarker, wir wollen eine preußische Spitze weder mit noch ohne Bismarck!“ Dem kleindeutschen Nationalverein zu Liebe versicherte die preußische Fortschrittspartei: „wir wollen keine Vergewaltigung, keine Annexion! wir wollen nur den Bundesstaat! jede Annexion ist der Idee des Bundesstaats zuwider, und man muß Preußen den Großmachtskittel austreiben.“ So redeten beide, was beide nicht glaubten, ein allgemeines Lügengewebe verhüllte den Ernst der Situation.

Es gab allerdings Stimmen — wie die Nationalzeitung —, die aus dem patriotischen Gefühl und der Einsicht, daß man auch das Gefährlichste wählen müsse, um das Verächtlichste zu vermeiden, dieses Lügengewebe bekämpften: aber auch diese Stimmen lönten nicht aus voller Brust, sie waren nicht von dem Gefühl eingegeben, das aus dem Bewußtsein einer großen Gemeinschaft hervorgeht, sie waren gedämpft durch die Scheu, die Besorgniß, das Mißtrauen gegen die eigne Ueberzeugung, welche die wirkliche oder vermeintliche Isolirtheit mit sich bringt.

Freilich war auch Politik mit im Spiel. Der Einfluß der Fortschrittspartei beruhte theils auf der vortrefflichen Organisation, theils auf der Wucht der Masse. Diese nicht auf's Spiel zu setzen, vertuschte man diplomatisch die Gegensätze. Die Nationalzeitung hat mit Ernst, Geist und Wärme die großpolitischen Ansichten der Volkszeitung und

der Rheinischen Zeitung bekämpft: sie hat es aber niemals ausgesprochen, daß Männer, die in den Cardinalfragen jenen Blättern folgten, mit ihr unmöglich zu einer Partei gehören könnten. Selbst eine Persönlichkeit wie Frese ließ man erst fallen, als er selber die Cocarde der Fortschrittspartei abgerissen und mit Füßen getreten hatte. Die blinde Masse, die immer nur ein Blatt liest, war fest überzeugt, wer die Cocarde der Fortschrittspartei trage, habe auch in der deutschen Frage mit allen Parteigenossen die gleiche Ansicht. In der vorigen Session des Landtags hat die Partei nach derselben Diplomatie vermieden, die deutsche Frage zu berühren, d. h. sie hat in dieser Frage abgedankt. Diese Diplomatie trug früher ihre guten Früchte; bei den Wahlen am 3. Juli hat sie versagt.

Der Nationalverein war ebenso diplomatisch. Um den Schein zu erregen, er sei in Süddeutschland sehr populär, stimmte er sich möglichst in die Redensarten der Großdeutschen; um mit den höhern Regionen in Verbindung zu bleiben, ließ er sich von geschäftigen augustenburgischen Agenten in's Schlepptau nehmen. Es schien Grundsatz zu sein, überall die mittlere Proportionale zu ziehen, nicht blos zwischen den Mitgliedern des Vereins, sondern auch zwischen den Mitgliedern und den Gegnern; d. h. immer zugleich dasselbe zu wollen und nicht zu wollen. Gut für eine Gesellschaft, die eben nur den Zweck hat zu existiren, nicht für eine, die etwas erreichen will. Das Ende dieser Redeübungen war, daß eine der vernehmlichsten Stimmen des Vereins, Metz, schließlich in die großdeutsche Posaune stieß. — Und dabei in der ganzen Presse die *fable convenue* von einer wirklich existirenden „nationalen Partei!“ ja von ihrer Allmacht, während die Annexionspolitiker ohnmächtig seien. Es paßte wieder, was Gumprecht von der Linken der Paulskirche äußerte: einer sah staunend den andern an, und sagte: wir sind doch sehr mächtig!

Nicht aus eitler Ueberhebung sind diese Geschichten hervorgesucht — wir haben alle gesündigt, ohne Unterschied, eine Partei wie die andere — sondern um darauf hinzuweisen, daß einer großen Zeit gegenüber die Mittel nicht mehr anschlagen, die für eine kleine sich ziemten. Der alte Parteigegensatz hat sich überlebt: wäre man, den heutigen Ansprüchen gegenüber, noch im Stande zu

sagen, worin sich Altliberale, linkes Centrum, Fortschritt unterscheiden? — Alle die kleinen Streitigkeiten verschwinden gegen die eine große Frage: sollen wir das glorreich begonnene Einheitswerk unterstützen oder nicht? Mit dieser Frage löst sich auch der innere Conflict.

Die heutige Aufgabe ist die umgekehrte von 1848: damals beschloß das Parlament, und verlangte von der preussischen Regierung, sie sollte den Beschluß ausführen; heute hat die Regierung ausgeführt, und verlangt vom Parlament, es solle durch seinen Beschluß das Ausgeführte bekräftigen.

In erster Reihe steht der preussische Landtag. Er hat die Pflicht, die Wege zu suchen, in der er, ohne sein Gewissen zu verletzen, der Regierung seine Mitwirkung zu leihen vermag. Von einer Forderung kann er nicht abgehn: der Anerkennung des Budgetrechts. Die Regierung wolle das nicht als eine Concession an irgend welche Partei betrachten: es ist eine Pflicht gegen sich selbst. Wenn es heißt: „das Budget wird jedes Jahr durch ein Gesetz festgestellt;“ und man das so auslegt: „das Budget kann jedes Jahr durch ein Gesetz festgestellt werden;“ so sagt der einfache Menschenverstand, und wird es sagen, so lange  $2 \times 2 = 4$  bleibt, da ist kein Sinn darin! Eine Landesvertretung ferner, die nicht verweigern kann, darf auch nicht bewilligen. — Das Budgetrecht muß die Regierung anerkennen, und sie kann es ohne Gefahr: ein wohlwollender Landtag wird ihr, in Anbetracht ihres neuen Verdienstes, für das Vergangene Indemnität ertheilen. — Der materielle Gegensatz ist beseitigt, wer wollte heute noch die Reorganisation in ihrem Wesen antasten! — Daß man nur, was doch geschehen muß, auf beiden Seiten einfach, schnell und offen thue; jede kleinliche Zänkerelei (z. B. über Darlehnskassen) würde in diesem Moment widerlich sein.

Arztstige Unterstützung der deutschen Politik des Grafen Bismark, und Festhalten an den liberalen Principien, die zugleich die altpreussischen sind, das ist die Aufgabe der nationalen Partei im Landtag. Die erste Unterstützung besteht darin, daß sie ihm keine unnötigen Störungen macht, wie etwa über die völkerrechtliche Tragweite der Einverleibung Lauenburgs. Die zweite in der entschiedenen Forderung des Parlaments.

Man glaubte früher, es sei Graf Bismark mit dem Parlament kein Ernst. Bitterer Ernst! Es ist ja die einzige Schraube gegen den Particularismus. Unsere Sache ist es, dafür zu sorgen, daß die Schraube hält: das ist nur möglich durch Organisation einer Einheitspartei, die aber nicht mehr schwanken darf zwischen Ueberzeugung und Neigung. Gelingt es uns, diese zu Stande zu bringen, mit ihr das Parlament zu beherrschen, das große Werk zu vollenden, das Graf Bismark nur halb durchführen konnte: dann und dann erst stehen wir gegen ihn und seine Conservativen, wie Macht gegen Macht; dann und dann erst können wir darauf rechnen, was jede echte Partei im Auge halten muß; nicht bloß lebensfähig, sondern regierungsfähig zu sein.

Die Friedenspräliminarien sind glorreich, viel glorreicher, wie der kühnste Phantast des Nationalvereins sich geträumt hat. Aber sie sind nicht das letzte Wort. Die Eintheilung in Preußen erster und zweiter Klasse, ein norddeutsches Parlament, in welchem neben den Vertretern eines Einheitsstaats von 24 Millionen die Vertreter von 12 bis 13 Staaten mit zusammen 5 Millionen tagen, enthält wieder eine innere Unwahrheit.

Indeß bringen die selbständigen Regierungen von Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig, Thüringen u. s. w. keine Gefahr: wohlgesinnte Fürsten und wohlgesinnte Bevölkerungen, dankende Schonung von unserer Seite werden das Einigungswerk erleichtern. Viel bedenklicher wird es mit den annectirten Provinzen aussehn, namentlich Hannover. Jeder Vorschub, den man aus irgend einer doctrinär liberalen Grille oder aus abgöttischer Verehrung irgend eines berühmten Namens den dortigen Particularisten leistet, ist ein Verrath an der Einigung Deutschlands. Am schlimmsten ist es in Sachsen, wo eine böswillige Regierung sich auf eine durch das Unglück verwilderte und erbitterte Armee stützt. Hier wird die Kraft unserer Regierung das Beste thun müssen.

Es wäre günstig für unsere Entwicklung, wenn Süddeutschland so lange draußen bleiben könnte, bis wir mit unsrer norddeutschen, sehr schwierigen Organisation fertig sind. Indeß ist das nicht zu erwarten. Bereits ist durch das Ministerium Matthy ein starker Keil in das Bregenser Bündniß geschoben; sobald unsere Zollschranken am Main

stehen, werden die materiellen Interessen schreiend ihre Stimme erheben, sehr bald wird der eine souveraine Staat des Südens den andern verwünschen. Wir müssen auf die Erweiterung unsrer Aufgabe gefaßt sein.

Aber wir dürfen diesen Zeitpunkt nicht übereilen. Schon lassen sich in Süddeutschland particularistische Stimmen vernehmen, die gegen die Mainlinie protestiren; nicht darum, um nun auch Süddeutschland dem neuen Bundesstaat einzuverleiben, sondern um die Bildung dieses Bundesstaats zu hintertreiben; schon finden sie Wiederhall in Norddeutschland bei solchen, die das Entgegengesetzte wollen, aber, an die Macht der Phrase gewöhnt und jeder sachlichen Anschauung fremd, der Phrase keinen Widerstand zu leisten wissen. Schon donnern dieselben Angstpolitiker, die bereits über die Februarbedingungen so erschrafen, daß sie Graf Bismark mit einem „berauschten Rutscher“ verglichen, den man vom Staatswagen herunterreißen müsse, wenn er ihn nicht in den Abgrund führen solle, dieselben Angstpolitiker donnern jetzt über die Schwäche Bismarks, den drohenden Franzosen nicht das ganze Deutschland abgetrotzt zu haben.

Bald wird man hören: wenn nicht das ganze Deutschland, lieber gar nichts! So sagte auch Geh. Rath Samwer, der Augustenburger: „ja wenn Preußen alle Fürsten zum Bundesstaat zwingt, dann habe ich nichts dagegen; aber meinen gnädigsten Herrn allein —! das wäre Vergewaltigung.“

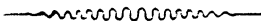
Man glaubt gewöhnlich, die Krähwinkerei trete bescheiden auf: die echte Krähwinkerei ist die, welche gleich dem Donner brüllt. — Wir sind durch das was geschehen in der Lage, Graf Bismark zu vertrauen, er werde durchgesetzt haben, was sich durchsetzen ließ. —

Der lange Friede seit 1815 hatte das deutsche Bürgerthum zu einem früher nie geahnten Einfluß und Wohlstand, zu einer hohen Bildung und Thätigkeit geführt. Mehr und mehr wurden die bürgerlichen Interessen maßgebend für das Staatsleben; mehr und mehr gewöhnte sich das Bürgerthum, sich als den einzig berechtigten Stand im Staat, seine, die volkswirtschaftlichen Interessen als die einzig legitimen zu betrachten. Was sich diesen nicht fügen wollte, wurde als Junkerthum verspottet. Seinerseits raffte sich 1848 das Junkerthum

zusammen, und erklärte mit verdoppelter Einseitigkeit den bürgerlichen Interessen und der bisherigen Volkswirthschaftslehre den Krieg. — Nun fürchtet man den Sieg des Junkerthums: Graf Bismark soll ja erklärt haben, er wolle den Junkernamen zu Ehren bringen.

Ich glaube nicht, daß er damit alle Theorien der Kreuzzeitung hat unterschreiben wollen; vielleicht wollte er nur zu zeigen suchen, daß im Junkerthum mehr von der altpreussischen Staatsidee sich erhalten habe als im Bürgerthum. Aber gesetzt den schlimmsten Fall, er wolle wirklich, wie er in einer seiner burschikosen Launen äußerte, gegen die großen Städte zu Felde ziehn: wie wird man ihn mit Erfolg bekämpfen? — Mit Prahlereien? oder daß man seiner wirklich großen Action gegenüber sich auf die kleinbürgerliche Art steift? daß man ganz in Calculatur und Advocatur aufgeht? daß man in Staatsangelegenheiten wieder blos Publicum wird, d. h. wieder blos klatscht und zischt? — Ich denke nicht. Das Bürgerthum wird dann den Adel im Staatsleben besiegen, wenn es kräftiger als dieser die Staats-Idee ergreift. An Einsicht in's Einzelne fehlte es uns nicht, nur an Zusammenhang des Willens. Vielleicht findet sich dann, daß beide Stände neben einander bestehen können. — Wäre Graf Bismark wirklich der Mann der Kreuzzeitung, und wollte der Liberalismus wieder in seine malcontente Haltung zurückgehn, dann wäre Gefahr vorhanden, daß er wieder auf die Thorheit seiner Gegner speculirt, wie bei seinen Friedens-Anerbietungen an Dänemark, Oestreich, Hannover, Hessen u. s. w. und daß er wieder mit Erfolg speculirt.

Berlin, 29. Juli 1866.



In demselben Verlage ist erschienen:

Die  
**Politik der Zukunft**  
vom  
preussischen Standpunkte.  
Broschirt: 16 Sgr.

---

Denkschrift  
betreffend  
die preussische Machtstellung  
im  
deutschen Nordwesten.  
Broschirt: 5 Sgr.

---

**Staats-**  
und  
**Gesellschafts-Recht**  
der  
französischen Revolution  
von  
**1789—1804.**  
Dargestellt  
von  
Dr. Carl Richter.  
2 Bände. Broschirt: 5 Thlr. 20 Sgr.

---

In demselben Verlage ist erschienen:

**Geschichte und heutige Gestalt**  
der  
**Aemter und des Verwaltungsrechts**  
in **England**

von  
**Dr. Rudolf Gneiß.**

Zweite, völlig umgearbeitete Auflage des I. Haupttheils  
des Englischen Verfassungs- und Verwaltungsrechts.

In zwei Bänden.

**Band I.: Geschichte des Englischen Verwaltungsrechts.**

gr. 8. 40 $\frac{1}{2}$  Bogen. Preis 3 Thlr.

Das praktische Recht der Staatsverwaltung in seinem Verhältniß zum Parlament ist so sehr die Lebensfrage der heutigen Verfassungskämpfe in Europa geworden, daß die Bedeutung des Gneiß'schen Werkes nicht bloß eine geschichtliche, sondern speciell auch für die großen Streitfragen der preussischen Verfassung eine maßgebende ist.

(Band II. des Werkes ist unter der Presse und erscheint vor Schluß des Jahres.)

**Geschichte und heutige Gestalt**  
der englischen **Communalverfassung**

oder des

**Selfgovernment**

von  
**Dr. Rudolf Gneiß.**

Zweite völlig umgearbeitete Auflage.

(II. Haupttheil des englischen Verfassungs- und Verwaltungsrechts.)

Vollständig in zwei Bänden.

(91 Bogen mit Inhalt und Register.)

Preis: 6 Thaler.

**Die Herzogthümer**  
seit dem **15. November 1863.**

Brochirt: 8 Sgr.

Es giebt diese Schrift die erste authentische Darstellung des Par-  
teitreibens in den Herzogthümern bis zur Gegenwart.